

# **Rückblick auf die Zürcher Lokalpolitik**

**Zusammenfassung der wichtigsten Pressemeldungen**



**1. Hälfte Januar 2023**

#### 4. Januar

Auch heute noch ist der medizinische Teil eines Spitals streng hierarchisiert, mit Göttern in Weiss ganz oben und mit vielen Frauen ganz unten. Dass es eine Frau zur Chef-Ärztin gebracht hätte, ist äusserst selten. Bis Mitte des 20. Jahrhunderts gab es eine einzige Chef-Ärztin in Chirurgie. Sie war aber ein Sonderfall, musste sie 1939 doch einspringen für die Männer, die ins Militär musste. Durchsetzen konnte sie sich aber erst an der Schweizerischen Pflegerinnenschule mit Frauenspital in Zürich Hottingen. Die Pflégi (Pflegerinnenschule) wurde 1901 gegründet mit dem Ziel, nicht nur Krankenschwestern, sondern auch Ärztinnen die Möglichkeit zur Ausbildung und zu Leitungsfunktionen zu geben. Generationen von Frauen fanden hier eine weniger hierarchisierte Ausbildungsmöglichkeit. Vor 25 Jahren fusionierte man mit dem Spital Zollikerberg. Mit zu diesem Entscheid dürfte auch die Tatsache geholfen haben, dass die Pflégi auf heute teuerstem Bauland errichtet worden war. Heute gibt es dort eine Überbauung mit teuren Eigentumswohnungen.

#### 5. Januar

Gemäss einer Umfrage des Forschungsinstitut GfS Bern, lehnt heute eine qualifizierte Mehrheit von 66 Prozent der Kantonalzürcher:innen die Integration der Kleinklassen mit oft verhaltensgestörten Kindern in die Regelklasse ab. Im Jahre 2005 war dies noch anders. Damals wurde das kantonale Volksschulgesetz mit grosser Mehrheit angenommen. Die Sache lässt sich aber nicht so einfach beheben, ist doch der Grundsatz der integrativen Förderung im eidgenössischen Behindertengleichstellungsgesetz und in der UNO-Behindertenkonvention, die eine möglichst weitgehende Eingliederung aller Menschen in die Gesellschaft vorsieht verankert.

Nach der Knallerei in der Silvesternacht wurde eine Volksinitiative aus Hundehalter-Kreisen lanciert, die ein Feuerwerksverbot fordert. Jetzt hat sich auch der Zoo Zürich hinter diese Initiative gestellt. Das Sammeln der Unterschriften läuft bis jetzt fast ausschliesslich über das Internet.

Ab dem 1. Januar ist das neue, kantonale Jagdgesetz in Kraft. Mit dem Gesetz wird das zum Teil schon bisher bestehende Fütterungsverbot für Wildtiere massiv ausgedehnt. Neu fallen Tauben darunter. Hier kostet eine Zuwiderhandlung 200 Franken! Aber auch bei Greifvögeln, Elstern, Krähen, Füchse, Dachse und verwilderte Hauskatzen gilt das Fütterungsverbot. Das massvolle Füttern von Wasservögeln, zu denen auch Möwen zählen, bleibt erlaubt.

#### 6. Januar

Das statistische Amt des Kantons Zürich hat errechnet, dass jeder Wohnungswechsel zu einem teilweise erklecklichen Anstieg des Mietpreises führt. Die Resultate des städtischen statistischen Amtes sind gleichlauten. Eine durchschnittlich bewohnte 4-Zimmerwohnung kostete in der Stadt Zürich Fr. 2'090 Franken. Für eine frisch bezogene 4-Zimmerwohnung wurden 2'440 Franken verlangt, also die Kleinigkeit von 16,75 Prozent mehr!

#### 7. Januar

Das Bezirksgericht Affoltern Am Albis hat in einem wegweisenden Urteil, das rechtskräftig geworden ist, festgehalten, dass alle Wege, die einst und heute noch auf Landeskarten eingezeichnet sind oder waren, heute noch als Wege gelten und deshalb für die Mountainbiker befahrbar sind, auch wenn heute niemand mehr den entsprechenden Ort als Weg einstufen würde. Ansonsten müssten, gemäss einem Urteil des Kantonsgerichts Graubünden «Fahrverbotsschilder» aufgestellt werden.

#### 9. Januar

Eine interessante Umfrage mit unerwartetem Ergebnis: Im Kanton sind 2/3 der Befragten für das Erstellen von Windrädern. Hat das Baudepartement unter einem SVP-Politiker im Jahre 2014 noch verkündet, im ganzen Kanton gäbe es höchstens vier bis sechs mögliche Windräder-Standorte, so hat der heutige, grüne Regierungsrat gleich 120 potenzielle Anlagen ausgemacht. Die Bevölkerung scheint ihm zu folgen, wobei natürlich die Zustimmungsrate ansteigt, je weiter weg von einem möglichen Standort der/die Befragte wohnt.

Am vergangenen Samstag haben gut 2'000 Menschen an einer Iran-Demo teilgenommen. Sie protestierten gegen das Mullah-Regime, das verantwortlich ist für die vielen getöteten Frauen und Männer. Die scheidende FDP-Nationalrätin trat als Rednerin auf. Die erinnerte die Teilnehmenden an das Mandat der Schweiz als Vermittlerin zwischen Iran und den USA und sprach sich deshalb gegen Sanktionen gegenüber Iran aus. Seitens der Organisator:innen der Kundgebung kam deziderter Widerspruch. Sie forderten einen Kurswechsel der Schweiz-Iran-Politik und verlangten namentliche die Übernahme der EU-Sanktionen.

Die Arbeitslosigkeit ist gemäss der kantonalen Volkswirtschaftsdirektion per 31.12.2022 von 1,6 Prozent auf 1,7 Prozent gestiegen. Der Anstieg wird jahreszeitlich erklärt und in diesem Zusammenhang auf als sehr gering bezeichnet. Es werden nur die beim RAV gemeldeten Personen berücksichtigt. Natürlich wäre die Arbeitslosenquote wesentlich höher, wenn man die Kriterien der ILO, der Internationalen Arbeitsorganisation, anwenden würde. Hier werden alle stellensuchenden Menschen berücksichtigt, also etwa auch die Ausgesteuerten.

10. Januar

Zwar wird der Kanon vom Bund, das heisst von der Nationalbank, dieses Jahr kein Geld erhalten, Budgetiert waren immerhin 240 Millionen Franken. Für den SVP-Regierungsrat steht aber fest, er will die Steuern trotzdem senken. Beim Steuerfuss soll der kantonale Anteil von 99 Prozent auf 97 Prozent der einfachen Staatssteuer senken.

11. Januar 2023

Im Vergleich rangiert Zürich oft auf Spitzenplätzen, nicht nur im positiven Sinn. So ist Zürich beispielsweise die teuerste Stadt von Europa. Auf Platz zwei folgt Genf, auf Platz drei Paris. Dafür ist sie auch die Stadt mit der höchsten Lebensqualität von 162 Schweizer Städten. International gesehen belegt die Stadt Platz zwei (nach Wien) punkto Lebensqualität.

Der genau gleiche Warenkorb beim genau gleichen Detailhändler hat sich seit Februar 2021 um sage und schreibe 8,4 Prozent verteuert! Kontrollen durch Konsument:innen sind sehr erwünscht.

14. Januar

Die Corona-Ausfallentschädigung, die der Kanton Zürich zu bezahlen hat, beläuft sich bei rund 1'200 Gesuchsteller:innen auf 150 Millionen Franken.